



Macht, Privilegien, Korruption
Die polnische Gesellschaft 15 Jahre
nach der Wende

Autorin: Maria Jarosz
Erschienen: 2005 im Verlag Harrassowitz
ISBN: 3-447-05296-1
Seitenzahl: 290
Sprache(n): Deutsch

Das alte (kommunistische) System in Polen ist gestürzt, die Eliten haben sich gewandelt. In der sogenannten Dritten Republik nehmen die Sieger von gestern, das sind die Arbeiter im Verein mit der oppositionellen Intelligenz, ganz verschiedene Positionen ein. Die Intelligenz passt sich in der Regel an die neue Realität an, indem sie eigene Nomenklatura-Systeme bildet, die im Allgemeinen mit den Nomenklatura-Systemen des alten Regimes verknüpft sind. Die Frage nach der Rekrutierung der Eliten ist nach wie vor aktuell und führt immer wieder zu neuen hitzigen Auseinandersetzungen. Die ersten Jahre des neuen Jahrtausends sind eine Zeit des spektakulären Kampfes der alten Nomenklatura-Eliten mit den aus der Opposition hervorgegangenen Gegeneliten. Mit dem Doppelmachtantritt der Kaczyński-Brüder, der in dem zu besprechenden Buch nicht mehr berücksichtigt werden konnte, ist in Polen eine neue Situation entstanden, die, wie es

scheint, eine neue Eliten-Zirkulation auslöst. Wie diese Eliten mit der Machtfrage umgehen, ist ein Hauptthema der brillant verfassten Analyse des polnischen politischen Systems nach 1989 durch die polnischen Soziologin Maria Jarosz.

Bilanz negativ

Jarosz' Bilanz zu 15 Jahren neodemokratischer Reformen und neokapitalistischer Transformation fällt bereits im einleitenden ersten Kapitel negativ aus. Während die traumatisierte Bevölkerung, die Demokratie mit Kapitalismus verwechselt habe, sei ihr das Vertrauen in die Politik und der Glauben an eine gedeihliche Zukunft weitgehend abhanden gekommen. Die Frage, ob es sich 1989 um eine politische oder soziale Revolution handelt, oder ob es überhaupt um eine Revolution im klassischen Sinn geht, ist, wie Jarosz mit Zitaten führender Politologen und Soziologen darlegt, ist in Polen umstritten. Das Parteiensystem habe sich in Polen zunehmend zersplittert und sei, sehr typisch für Polen, instabil geworden. Dazu sei Polen in Ostmitteleuropa wie kein anderes Land von dem Antagonismus zwischen Kommunismus und Antikommunismus gefährdet, und die Kirche spiele dabei eine immer untergeordnetere Rolle, ebenso der Einfluss der Solidarność als relevante gesellschaftliche Kraft, während zahlreiche entlassene Mitglieder der Geheimdienste eine entscheidende Rolle bei der Privatisierung spielten. Unter diesen Prämissen, die ein Vakuum nutzen, sieht Jarosz mit Angst und Bangen einer offenbar unausweichlichen Entwicklung zu, bei der, angesichts der mangelnden Fähigkeiten der polnischen Parteien, weniger die Gesamtinteressen der Gesellschaft, sondern die Partikularinteressen einzelner Parteien und Personengruppen im Vordergrund steht, und wo Demagogen, Populisten, Oligarchen und Spekulanten aller Art

Urstände feiern können. In einem solchen Staat, bar jeglicher Glaubwürdigkeit, würden weniger liberale, demokratische Kriterien, sondern eher Grundsätze wie „Gott, Ehre und Vaterland“ sowie die Geringschätzung der investigativen Presse im Vordergrund stehen. Ein Staat habe grundsätzlich drei Möglichkeiten, sein politisches System auszustatten: entweder mit einer liberalen Demokratie, einer formellen Demokratie oder mit einem autokratischen Regime. Obwohl in Polen eine Rückkehr zum Kommunismus als ausgeschlossen betrachtet werden muss, sieht Jarosz mit populistischen, demagogischen und radikalen Parteien wie Samoobrona oder der Partei polnischer Familien eher den Weg zu einem autoritären Regime geebnet. Angesichts der aktuellen Realität, dass heute die nationalistischen, extrem antikommunistischen Kaczyński-Zwillinge versuchen, das Land im Rahmen einer neu zu definierenden Vierten Republik just nach den oben erwähnten Grundsätzen umzupolen, hat Jarosz die politische Entwicklung in Polen richtig analysiert und das entsprechende Resultat vorausgesehen.

Dysfunktion der Macht

Im zweiten Kapitel ihres Buches diagnostiziert Jarosz für Polen eine akute Desorganisation und Dysfunktion der Macht, und dass Polen dieselben Anomalien aus früheren Zeiten immer wieder erbt, denn die heute zu beobachtenden Missstände wie Klientelismus und Korruption waren schon in der Volksrepublik systemimmanent gewesen. Nicht nur wuchernder Klientelismus und totales Versagen der Wirtschaftspolitik, verbunden mit dem Fiasko von unrealisierbaren Parteiprogrammen und Wahlversprechen, der Aufblähung des inkompetenten Staatsapparates und den exorbitanten Staatsschulden beschäftigt sich die Soziologin auch mit der Fragwürdigkeit

externer ausländischer Berater, die Polen, wo ein ausgereiftes Demokratieverständnis und eine staatsbürgerliche Einstellung zum Staat weitgehend fehlen, ein undurchdachtes Wirtschaftsmodell und ein Rechtssystem, dessen Qualität in Frage zu stellen ist, aufoktroziert hätten, was der Bevölkerung am Ende mehr geschadet als genutzt hat. Parteipolitik ist in Polen zum eiskalten Geschäft degeneriert, die Opposition arbeitet ihrem künftigen Wahlsieg entgegen, und die Abgeordneten des Sejm fühlen sich gegenüber den Wählern nicht verantwortlich. Täglich deckt die Presse Affären und Skandale auf, auf der Ebene des Staatsvermögens wird geklaut wo es nur geht, denn es habe sich die Überzeugung durchgesetzt, dass „straffrei“ auch „zulässig“ bedeute. Raub, Korruption, unsaubere Machenschaften seien zur allgemeinen Norm geworden, die wilde Privatisierung habe weitgehend ausserhalb des Rechts stattgefunden, selbst der Sejm sei privatisiert worden, denn nun diene er lediglich zur Erledigung individueller, familiärer und parteipolitischer Angelegenheiten. Wer in Polen lebt, befinde sich in einem Staat der institutionalisierten Verantwortungslosigkeit und der sanktionierten Rechtlosigkeit, in dem das Privatinteresse immer gegen das Interesse der Gesellschaft obsiege, und wo nicht zuletzt die öffentliche Meinung missachtet werde. Auf dieser Grundlage ist das Verhalten der frustrierten und unberechenbaren Wähler zu verstehen, die mal links, mal rechts wählten in Abhängigkeit dessen, was den Interessen der Wählerschaft gerade dient. Für die bei der Gesellschaft verhasste politische Klasse sei keine Möglichkeit, sie auszuschalten, vorhanden. So kehrten alle politischen Kräften, deren Mitgliedschaften in der Regel aus „Menschen wie Du und ich“ bestehen, periodisch an die Macht zurück, um von ihr zu profitieren, meist zum Schaden von Staat und Gesellschaft. Anfällig für den Missbrauch von Macht und Privilegien sind in Polen traditionellerweise auch die Kirche und der Berg-, Hütten- und

Werftbau. Die Angehörigen letztgenannter Berufsgruppen sind heute die grossen Verlierer in Polen. Nach 1989 ist der Einfluss dieser hochbrisanten gesellschaftlichen Kräfte drastisch gesunken, der Bergbau ist sozusagen in Auflösung begriffen. Armee, Geheimdienste und Polizei, weitere Trägerschaften von namhaften Privilegien, hingegen sind in Polen nach wie vor intakt. In eine andere Form, sich seinen status quo zu zementieren, ist bei vielen ausländischen Firmen anzutreffen, die sich gewohnt sind, keine Steuern zu bezahlen. Dieses reichlich genutzte Privileg hat verheerende Folgen für die einheimischen Unternehmen. Die in Polen weit verbreitete Überzeugung, ein einmal erworbenes Recht auf ewig behalten und anwenden zu können, stellt bei der demokratischen Transformation ein grosses Hindernis dar. Dieses ganze System von Vorrechten müsse beseitigt werden.

Trotz allem optimistisch

Trotz aller Düsterei, die Jarosz' Analyse von Anfang bis Ende begleitet, ein schauriges Kapitel zum Thema Selbstmord rundet den Text ab, hofft die Soziologin, dass die politischen und wirtschaftlichen Eliten sich in absehbarer Zeit wirksamen Kontrollmechanismen unterworfen werden, dass die Quadratur des Kreises dieses Systems durchbrochen werden kann und dass Wirtschaft und Staat wieder richtig funktionieren, transparent und vorhersehbar, so wie dies die Spielregeln in einer Demokratie und Marktwirtschaft vorsehen. Trotz des Beitritts Polens in die Europäische Union, der 2004 vollzogen wird, handelt es sich eher um längerfristige Erwartungen, denn eine rasche Verbesserung der Situation sei nicht in Sicht.

Andreas Künzli (osteuropa.ch), September 2007